

Paris aus gingen täglich Autobusse mit Freiwilligen nach einem zwischen Voreaux und der spanischen Grenze gelegenen Sammelplatz ab. Die Organisation und die Finanzierung der Freikorps liegt in den Händen der roten Hilfe. Bei den Freiwilligen handelte es sich zumeist um den „Abschluß der europäischen Großstädte“.

Mjanas abgelehntes Angebot

General Queipo de Llano sprach über den Sender Sevilla über das Angebot Mjanas an General Mola, um ein weiteres Blutvergießen zu verhindern, die Regierung umzubilden. Er erklärte, es sei unglücklich, daß Mjana so wenig Geschick besitze. Mjana solle nicht glauben, daß die Nationalisten zurück könnten. „Glaubt Mjana“, so sagte Queipo de Llano wörtlich, „daß man einen General kaufen kann? Ich rate den örtlichen Behörden, sich dem Militär zu ergeben und keine Terrorakte zu begehen, die wir streng bestrafen werden.“

Queipo de Llano wandte sich dann an die Arbeiterschaft und verkündete: „Wer arbeitslos ist und dank der durch den Marxismus geschaffenen Lage im Elend lebt, braucht so lange keine Miete zu bezahlen, bis er wieder Arbeit hat. Ich erwarte von den Hausbesitzern, daß sie dies Opfer bringen werden. Jene Unglücklichen werden bezahlen, wenn die Ruhe in Spanien wieder eingekehrt ist, denn wir verschaffen allen Arbeit und Brot.“

Abschließend verlas General Queipo de Llano mehrere geheime Schriftstücke der kommunistischen Partei von Sevilla, aus denen hervorging, daß die kommunistischen Abgeordneten ungeheure Summen für sich verwannten.

General Franco erklärte dem Sonderberichterstatter des Pariser Journal, die spanischen Nationalisten seien die Herren von Südspanien mit Ausnahme von Malaga, wo die Regierungskräfte liegen. In ganz Südspanien sei die Sicherheit der Ausländer gewährleistet. Die spanischen Militärs betrachteten die Madrider Regierung nur noch als ein marxistisches Komitee und sich selbst als die gesetzmäßigen Vertreter des neuen Regimes der spanischen national-republikanischen Republik.

Eden rät zur Neutralität

Der Londoner „Daily Telegraph“ behauptet, wenn vom französischen Kabinett am Sonntag beschlossen worden sei, dem spanischen Bürgerkrieg gegenüber neutral zu bleiben, so sei das nach einem Bericht aus Paris auf den Rat des Außenministers Eden an Ministerpräsident Blum zurückzuführen.

Die Pariser „Agence Economique et Financière“, die sich mit der Frage der französischen Waffenlieferungen an Spanien beschäftigt, glaubt zu wissen, daß die französische Regierung zwar beschlossen habe, Lieferungen von Kriegsmaterial nicht durchzuführen, daß aber nichtsdestoweniger eine Anzahl von Flugzeugen an die Madrider Regierung geliefert würde. Es handle sich jedoch um alte Apparate, und die ganze Angelegenheit habe privaten Charakter.

Kampf bis zur Vernichtung

Wie aus Gibraltar gemeldet wird, ist in der Nähe von La Linea eine mehrere hundert Mann starke Truppenabteilung der spanischen Linkregierung völlig vernichtet worden. Von diesen Truppen soll niemand mit dem Leben davongekommen sei. Die Streitkräfte der Militärerhebung sollen bei dem Kampf sechzig Tote verloren haben.

In einem durch den Rundfunk verbreiteten Aufruf des Präsidenten der catalanischen Regierung in Barcelona werden die Marxisten aufgefordert, Handlungen zu unterlassen, die „die Revolution entehren“. Die hinter der Regierung stehenden Organisationen müßten auf jeden Fall Erzfesse vermeiden. Es sei notwendig, heißt es in dem Aufruf weiter, die Aufmerksamkeit auf jene Elemente zu richten, die sich unter die Anhänger der Linken mischten, um in deren Reihen Unzufriedenheit zu erwecken.

Verlautbarung der Madrider Regierung

Madrid. Der Minister für Handel und Industrie hat durch den Rundfunk die Besitzer von Lebensmitteläden und die Lebensmittelhersteller aufgefordert, sofort den genauen Vorratsbestand an Lebensmitteln zu melden, und mitzuteilen, was für Schwierigkeiten sich bei der Lebensmittelversorgung ergeben und wie ihnen abgeholfen werden könne. Durch ein Dekret des Kriegsministeriums werden alle pensionierten Offiziere, die bereit sind, sich den Truppen der Regierung anzuschließen, aufgefordert, sich wieder zum Dienst zu melden. Das Marineministerium hat einige Verordnungen herausgegeben, die eine weitgehende Reform in der Leitung der Kriegsmarine zum Gegenstand haben. Ferner wurden für die Flottenstützpunkte in Cartagena und auf den Balearen neue Kommandanten ernannt.

Doch französische Flugzeuge für die spanische Linkregierung?

Paris. Die „Liberté“ gibt eine Meldung der in Barcelona erscheinenden Zeitung „Solidaridad Obrera“ wieder, nach der 50 aus Frankreich stammende Flugzeuge in Barcelona und weitere 20 in Madrid eingetroffen seien. Eine Nachrichtenagentur will wissen, daß es sich hierbei um die erste Lieferung eines Austauschs von insgesamt 300 Flugzeugen handele.

Die militärischen Aktionen in Südspanien

Lissabon. General Franco, der Führer der spanischen Militärerhebung, hat die Ueberführung weiterer Truppenabteilungen aus Marokko nach Spanien angekündigt. Einer Mitteilung des Senders von Cordoba zufolge herrscht in dieser Stadt vollständige Ruhe. Größere Abteilungen von Truppen der Militärerhebung und Mitgliedern des Rechtsverbandes „Balaia“ seien zwecks Entwaffnung der sich in der Umgebung der Stadt aufhaltenden kommunistischen Banden auf Cordoba marschiert. Aus Cadix wird gemeldet, daß sich von dort Truppen gegen Malaga in Marsch gesetzt hätten, um gegen die Kommunisten vorzugehen. In kleineren Gefechten sei es bereits gelungen, den Kommunisten verschiedene Niederlagen beizubringen. Der Stoß zur endgültigen Eroberung Malagas werde nach dem Eintreffen von Verstärkungen fortgesetzt werden. Aus Pontevedra an der atlantischen Küste melden die Truppen der Militärerhebung vollständige Ruhe und Entwaffnung der Kommunisten.

Nach Meldungen, die aus der portugiesischen Grenzstadt Elvas einlaufen, sollen in Badajoz alle als Anhänger der spanischen Rechtsparteien bekannten Persönlichkeiten verhaftet und in Anbetracht der Ueberfüllung des Gefängnisses in einer Kirche eingesperrt worden sein. Diese Kirche sei daraufhin von Kommunisten angezündet worden. Mehrere Gefangene hätten sich in ihrer wahnsinnigen Verzweiflung auf die Straße hinuntergestürzt, wo sie zerschmettert liegen geblieben seien.

In Almedralejo habe die marxistische Ortskommandantur die sofortige Ueberführung sämtlicher Kraftfahrzeuge und Rundfunkgeräte angeordnet.

Ruhe vor der Entscheidungsschlacht in Spanien

Lissabon. Am Montag werden aus Spanien keine größeren Kampfhandlungen berichtet. Im Vornach der Truppen der Militärerhebung scheint ein Stillstand eingetreten zu sein. Es hat den Anschein, als wenn beide Parteien in der Ueberzeugung, daß der Kampf auf Leben und Tod geht, alle Nachmittage zum Einmarsch vorbereiten und sich mit dem Ausbau ihrer Stellungen beschäftigen.

General Queipo de Llano hat bekanntgegeben, daß alle in Sevilla landenden Flugzeuge, gleich welcher Nationalität, beschlagnahmt werden würden.

Verlegung der Botschaften aus San Sebastian

Paris. Die Havas aus Saint Jean de Luz meldet, wird aus amtlicher Quelle mitgeteilt, daß die ausländischen Botschaften aus San Sebastian auf Rat der Regierung fortverlegt worden seien. Die französische Botschaft hat ihren Sitz in Zukunft in der Villa des französischen Botschafters Herbet in Fontarabia, die englische Botschaft wird in einer Privatvilla des englischen Botschafters in Zarauz untergebracht. Die italienische, die nordamerikanische und die argentinische Botschaft sowie die belgischen, norwegischen und der Tschechoslowakei werden ihren Sitz in Brun haben.

Forderungen der französischen Volksfront

Die Volksfront veranstaltete in Marseille eine Kundgebung. In einer Entschliessung wurde die sofortige Verhaftung der Führer der Reaktion, die Reinigung der Armee, der Polizei und der Verwaltung sowie die Zahlung der im Dienst des internationalen Faschismus stehenden Presse gefordert. Weiter werden Maßnahmen verlangt, um gegebenenfalls die Uebernahme der Kundgebung durch die Reaktion unmöglich zu machen. Schließlich wird eine Demokratisierung der Satzungen der Kolonien gefordert.

Englische Zuversicht

Englands Außenminister über die Fünfmächte-Konferenz

Im englischen Unterhaus gab Außenminister Eden die mit großer Spannung erwartete außenpolitische Erklärung ab. Eden wandte sich sofort der geplanten Konferenz der fünf Locarno-Mächte zu, die er als den wichtigsten Abschnitt der internationalen Lage bezeichnete. Die britische Regierung habe es für ihre Pflicht gehalten, aus einer Periode der Schwierigkeiten eine solche der Gelegenheiten zu schaffen, und in diesem Geiste habe sie während der Londoner Konferenz im März ständig gehandelt. In diesem Geiste habe sie auch dem Uebereinkommen vom 19. März zugestimmt. In demselben Geiste habe sie gewisse Fragen an die deutsche Regierung gerichtet. In dem gleichen Geiste sei auf der Völkerverversammlung im letzten Monat die Möglichkeit eines weiteren Zusammenstehens der Locarno-Mächte erwogen worden. Die britische Regierung sei sich darüber klar gewesen, daß eine Konferenz nur eines Teils der Locarno-Mächte eine begrenzte Tagesordnung im Vergleich zu der Fünfmächte-Konferenz haben müßte, um ein konstruktives Ergebnis zu haben. Dies sei notwendig gewesen, um Mißverständnisse zu vermeiden und damit sie klar als erster Schritt für eine darauf folgende Zusammenkunft aller Locarno-Mächte dienen könnte. Er glaube feststellen zu können, daß das Ergebnis der Londoner Konferenz zeige, wie vollständig das konstruktive Ziel, das die Mächte im Auge gehabt hätten, erreicht worden sei.

Die ausgegebene Verlautbarung zeige, daß man nunmehr endgültig sich der Zukunft zugewandt habe, und sich nicht auf die Vergangenheit beschränke. Er wünsche zu unterstreichen, daß diese Ansicht von allen Teilnehmern dieser Zusammenkunft geteilt worden sei, und er sei überzeugt, daß der Wunsch, ein neues Locarno herbeizuführen und zu einer europäischen Regelung zu gelangen, von den französischen und den belgischen Ministern ebenso sehr empfunden werde wie von den Engländern.

Wenn die Einladungen angenommen würden, würde eine Uebereinstimmung über das Ziel im allgemeinen herbeigeführt sein. Aber die Methoden, um es zu erreichen, würden noch viel Fleiß und viel Beratungen erfordern.

Eine umfangreiche Arbeit auf diplomatischem Wege werde notwendig sein, bevor die Zusammenkunft der fünf Mächte erfolgen könne. Viele Hindernisse müßten noch überwunden werden. Aber er glaube, daß ein Stadium erreicht worden sei, in dem es möglich sein sollte, die Schwierigkeiten zu überwinden, wenn der Geist der Zusammenarbeit bei allen Betroffenen vorhanden sei.

Der englische Außenminister wandte sich hierauf der Konferenz von Montreux zu und gab der Auffassung Ausdruck, diese Konferenz habe bewiesen, daß eine vertragliche Neuregelung durch ein verhandeltes Uebereinkommen in Uebereinstimmung mit den normalen Grundsätzen der internationalen Beziehungen zu einer Regelung führen könne. Die britische Regierung lege größtes Gewicht auf den Grundsatz, daß keinerlei rechtliche Unterschiede in der Behandlung von Uferstaaten und Nichtuferstaaten des Schwarzen Meeres gemacht werden dürfen.

Zur Frage der Mittelmeerpakte übergehend, erklärte Eden, daß der Zustand der Ungewißheit, während dessen Dauer die britischen Beistandszusagen weiter endgültig sein sollten, nunmehr beendet sei. Gegen Mitte dieses Monats habe die italienische Regierung den Regierungen Jugoslawiens, Griechenlands und der Türkei freiwillig eine Erklärung übermittelt, die auch der britischen Regierung übergeben worden sei. Aus dieser Mitteilung gehe hervor, daß Italien niemals irgendeinen Angriff gegen diese Länder wegen ihrer Sanktionspolitik beabsichtigt habe oder beabsichtige. Die italienische Regierung betrachte das Sanktionskapitel als abgeschlossen und sehe nunmehr einer Periode der Mitarbeit unter den Nationen wieder entgegen.

Die italienische Regierung habe weiter daran erinnert, daß zwischen Italien und Griechenland und Italien und der Türkei Freundschaftsverträge bestünden, an die sich Italien stets gehalten habe und die die italienische Regierung auch später zu respektieren beabsichtige. Auch mit Jugoslawien wünsche Italien die besten Beziehungen zu pflegen.

Diese Mitteilung rechtfertige den Schluß, daß die Umstände, unter denen die britische Regierung es für möglich gehalten habe, jene Zusicherungen zu geben, nicht

Eduard VIII. gibt Südfrankreichreise auf

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat König Eduard VIII. die beabsichtigte Erholungsreise nach Cannes und Südfrankreich aufgegeben. Ergänzend verlautet, daß die Entscheidung des Königs eine Folge des Bürgerkrieges in Spanien sei. Der König, so meldet Press Association, wünsche die Verantwortung, die schon durch die Zustände in Spanien den französischen Behörden auferlegt werde, nicht noch zu vermehren. Eine Entscheidung über die neuen Urlaubspläne des Königs ist noch nicht gefallen, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß der König an Bord der Segelschiff „Victoria and Albert“ eine Segelfahrt unternimmt. Wie bekannt wird, hatte der König in Wimpy die Lage mit dem französischen Ministerpräsidenten besprochen und ihm von seiner Entscheidung Mitteilung gemacht.

Gefecht in Palästina

Zwölf Aufständische gefallen.

Auf der einzigen Verbindungsstraße Jerusalem—Jaffa—Tel Aviv waren seit langer Zeit, besonders am Ausgangspfad des Judäagebirges, von den Aufständischen ständig Feuerüberfälle auf Kraftwagenkolonnen unternommen worden, die den Verkehr mit der Landeshauptstadt beunruhigten. Als auch am Sonntagnachmittag ein solcher Ueberfall erfolgte, wurde eine größere britische Truppenabteilung zu einer Umzingelung eingesetzt, die vollen Erfolg hatte.

Flugzeuge entdeckten eine kampfgeübte bewaffnete Terroristengruppe und drängten sie durch Maschinengewehrfeuer ins Tal, wo sie von den zur Umzingelung eingesetzten Truppen aufgerieben wurde. Zwölf Aufständische wurden getötet und einer verwundet gefangengenommen. Die übrigen zwei entkamen.

mehr fortbestanden. Er treue sich, daher feststellen zu können, daß nach Ansicht der britischen Regierung keine weitere Notwendigkeit für die Aufrechterhaltung der Beistandszusicherungen bestehe.

Eden behandelte dann die Verhandlungen mit Ägypten und wies darauf hin, daß das erste Stadium der Verhandlungen abgeschlossen sei. Der Außenminister gab hierauf seinem Bedauern über die Ereignisse in Spanien Ausdruck und wies darauf hin, daß die Lage noch ungeklärt sei. Auf eine Zwischenfrage von Lloyd George erklärte Eden, es sei nicht richtig, daß er Vorstellungen bei der französischen Regierung wegen Waffenlieferungen an die spanische Regierung gemacht habe.

Eden wandte sich sodann der Lage in Danzig zu. Er schilderte die Vorgänge der letzten Monate und erklärte, er könne über die letzten Verordnungen nichts sagen, solange er noch keinen genauen Bericht hierüber habe. Sein ganzes Bestreben habe darin bestanden, die Völkerverversammlung zum Arbeiten zu bringen. In einer kurzen Bemerkung behandelte Eden hierauf die Frage der Völkerverbundreform, von der er hervorhob, daß sie außerordentlich schwierig und heikel sei.

Keine Uebergabe von Mandatsgebieten

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kam der englische Außenminister auf die Frage der Mandatsgebiete zu sprechen. Er wünschte sich der Frage zuzuwenden, so führte Eden aus, ob irgendwelche Vorkehrungen notwendig oder wünschenswert seien, um fremden Ländern einen freieren Zugang zu solchen Rohstoffen zu geben, wie sie in den Mandatsgebieten und in den Kolonien erzeugt werden. Die Regierung erkenne die Bedeutung der Angelegenheit in vollem Umfange an. Sie sei sich des Interesses bewußt, das diese Frage in vielen Kreisen erwecke, und sei bereit, die Frage auf einer internationalen Konferenz unter den Auspizien des Völkerbundes zu erörtern. Auf einer solchen Konferenz würde sie ihrerseits völlig bereit sein, Fragen wie z. B. die größerer Garantien für den Zutritt zu kolonialen Rohstoffen und die ihnen entgegenstehenden Hindernisse zu erörtern. Diese Frage könnte sehr wohl auf der kommenden Völkerverbundtagung im September behandelt werden.

Eden wandte sich hierauf der Frage zu, ob eine tatsächliche Uebergabe von Gebieten von der Regierung beabsichtigt werde, die sie auf Grund eines Mandats besitze. Soweit die britische Regierung in Frage komme, würde die Frage der Uebertragung eines Mandatsgebietes unvermeidlich große Schwierigkeiten moralischer, politischer und rechtlicher Natur hervorrufen, von denen die Regierung offen sagen müsse, daß sie nicht in der Lage gewesen sei, irgendeine Lösung für sie zu finden.

Die britische Regierung hoffe daher, daß angesichts so vieler anderer bisher ungelöster internationaler Fragen, aber auch angesichts der neuen Gelegenheit, die für ihre Lösung in den letzten Tagen geboten worden sei, nirgendwo zur Zeit der Wunsch bestehe, weitere schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten zwischen die Völker zu tragen.

Bermischte Nachrichten aus aller Welt.

Hestiger Hagelschauer über der Starnberger Gegend
Starnberg. Am Montagnachmittag ging über der Gegend von Starnberg ein heftiger Hagelschauer nieder, der mit einem schweren Gewitter verbunden war. Die großen Hagelschollen zertrümmerten die Felder restlos. Fenster und Ziegel gingen in Massen in Trümmer. Stellenweise stehen die Bäume vollkommen kahl da. Straßen und Plätze sind überflutet mit Schlamm, Scherben, Ziegelsteinen, Zweigen und Ästen. Ganz besonders schlimm hauste das Wetter auch über Leoni. Einige Schwimmer, die sich nicht mehr rechtzeitig aus Land retten konnten, wurden halb bewußtlos und von den Hagelschollen blutig geschlagen ans Land gebracht.

Drei Tote, vierzig Verletzte bei einem Gebäudeeinsturz
Paris. In Ajaccio auf der Insel Korsika ist ein altes Gebäude am Montagnachmittag zusammengefallen, wobei drei Personen getötet und etwa vierzig verletzt wurden. Fünfzehn von ihnen sind in bedenklichem Zustand ins Krankenhaus von Ajaccio eingeliefert worden.